

# Danziger Zeitung

(Ausgabe über 10 000.)

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Ausgabe über 10 000.)

Nr. 21235.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Kettnerhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2.25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gefasste gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1895.

## Königsberg gegen den Antrag Rantz.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Königsberg übersendet uns den Wortlaut einer unter dem 4. März d. J. an den Herrn Reichskanzler gerichteten Eingabe, welche auf die gefährlichen Wirkungen des Antrages Rantz und die durch denselben schon jetzt hervorgerufene Beunruhigung hinweist. Der eigentliche Tenor der Vorstellung lautet:

„Als vor Jahresfrist der Antrag Rantz zuerst austrat, wurde ihm wegen seiner Ungeheuerlichkeit fast nirgend eine ernste Beachtung geschenkt. Man durste hoffen, auch die landwirtschaftlichen Kreise würden der Erkenntnis sich nicht versöhnen, daß er unausführbar und ungeeignet sei, das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands zu untergraben. Diese Erwartung hat sich leider nicht erfüllt. Lauter denn je verlangen die Wortschriften namentlich der ostfälischen Landwirtschaft seine Durchführung; immer nachhaltiger werden mit diesem Project weite Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausgewählt; fort und fort wird verkündet, es handle sich um das einzige Mittel, um die deutsche Landwirtschaft vor dem Untergange zu retten. Nachgerade hat sich deshalb der übrigen Berufsstände eine ernsthafte Beunruhigung um so mehr bemächtigt, als bisher regierungseitig jener Antrag nicht klar und bestimmt als unmöglich zurückgewiesen, sondern sogar einer eventuellen Prüfung für werth befunden wurde. Unter diesen Umständen halten wir es für unsere unabsehbare Pflicht, unter Hinweis auf die unheilvollen Folgen, welche die Annahme des Antrages Rantz haben müßte, Euer Durchlaucht auf das dringendste zu bitten, durch eine öffentliche unzweideutige Abweisung desselben Beunruhigung zu schaffen.“

Wohl ist der Nachweis jener Folgen in gewisser Hinsicht erwiesen durch den Umstand, daß der Antrag Rantz mehrfachen Änderungen unterlegen hat und ein endgültig formulierter Entwurf nicht vorliegt. Der Grundgedanke dieses agrarischen Planes scheint indes festzustehen. Er geht dahin, daß der Einkauf und Verkauf des jährlichen Verbrauchs im Zollgebiet bestimmten ausländischen Betrieben ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt, und daß die Verkaufspreise des Getreides (nach der Formulierung der freien wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages) nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—1890 bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gerecht sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind. Legt man die amtliche preußische Preisstatistik zu Grunde, so würden sich hernach für die vier Hauptgetreidearten folgende Mindestverkaufspreise für die Tonne ergeben: Weizen 204 Mk., Roggen 160 Mk., Gerste 157 Mk., Hafer 142 Mk. Der gegenwärtige Preisstand für inländische oder verjüngte Waare ist dagegen an der Berliner Börse: für Weizen 187 Mk., Roggen 117 Mk., Hafer 114 Mk., während der Durchschnittspreis für die verschiedenen Qualitäten Gerste (Futtergerste, Braugerste, Brenngerste) mit etwa 120 Mk. anzunehmen ist. Angenommen, der Antrag Rantz würde Gesetz, so ergäbe sich

zunächst eine geradezu ungeheurelle neue Belastung der deutschen Consumenten.“

Der eingehenden Motivierung der Eingabe entnehmen wir ferner folgende Sätze:

„Rechnet man die Vertheuerung der sonstigen Getreidegattungen hinzu, so kommt man zu einer neuen Gesamtbelastung aller derjenigen Consumenten, welche nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, durch die Ausführung des Antrages Rantz von vielleicht jährlich 300 Millionen Mark, und einschließlich der bereits vorhandenen Belastung durch die jährlichen Zollsätze, zu einer Gesamtbelastung der städtischen Consumenten von etwa 500 Millionen Mark jährlich. Nun trifft es aber keineswegs zu, daß die in der Landwirtschaft thätige Bevölkerung unter der Getreidevertheuerung nicht zu leiden hätte. Sonwohl im Osten, wie in den übrigen Theilen Deutschlands giebt es zunächst eine nach Millionen zählende Klasse ländlicher Lohnarbeiter, denen ihr Brodbedarf durch den Arbeitgeber nicht in natura geliefert wird, sondern die das ihnen nötige Getreidehaar bezahlen müssen. Außerdem wird der eigene Getreidebedarf der landwirtschaftlichen Betriebe zu einem großen Theile nicht durch die eigene Production gedeckt. Futtergerste, Hafer, Mais, zum Theil auch Brodgetreide, müssen von einem erheblichen Prozentsatz derselben jährlich gekauft werden. Die überschüssige Production des Ostens an Futterstoffen wird zu einem großen Theile von den Landwirten Westdeutschlands gekauft, und sogar in unserer eigenen Provinz sind die Landwirthe vielfach auf den Verbrauch russischer Futtermittel angewiesen. Die gesamte Neubelastung der deutschen Bevölkerung durch die Festsetzung der vorgeschlagenen Mindestverkaufspreise ist deshalb mit jährlich 400 bis 500 Millionen Mark, und unter Annahme der Vertheuerung durch den bereits bestehenden Zoll mit insgesamt 600 bis 750 Millionen Mark jährlich vielleicht noch zu niedrig veranschlagt. Allerdings wird sie sich in dem Maße geringer stellen, als die Getreidepreise auf dem Weltmarkt steigen. Immer aber wird es sich um eine künstliche Brodvertheuerung von jährlich 200 Millionen Mark handeln. Eine solche enorme dauernde Belastung der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Bevölkerung in Gunsten eines Theiles der landwirtschaftlichen Produzenten muß als unerträglich erscheinen. Wirtschaftlich und sozialpolitisch von den bedenklichsten Folgen, muß sie die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters herabdrücken, das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands untergraben und eine lebensfähige Erbitterung gegen die Landwirtschaft erzeugen, die schließlich zu unlösbarer Zersetzung führen würde.“

Selbst, wenn man durch künstliche Deduktionen die Gültigkeit des Antrages Rantz in die Handelsverträge hineininterpretieren wollte, so würde noch dessen Durchführung aus jedem Fall eine Umgehung der Handelsverträge enthalten, einen Bruch des gegebenen Wortes, eine Befestigung der Voraussehung, unter welchen die beihilfigen Staaten Verträge mit uns abgeschlossen haben. Als einen solchen Bruch der abgeschlossenen Verträge würden es auch die beihilfigen Staaten auffassen und mit entsprechenden Repressalien

gegen die deutsche Einfuhr nicht zögern. Ein allgemeiner wirtschaftlicher Krieg gegen Deutschland würde die Folge sein. Die durch die Handelsverträge geschaffene Stabilität der Verkehrsbeziehungen wäre jäh unterbrochen; die blühende deutsche Ausfuhrthälfte wäre verdeckt; Handel und Schiffahrt würden stocken.“

Wohl ist die Lage unserer Landwirtschaft zur Zeit eine wenig günstige; aber in der Hauptsache ist dieser Zustand nicht durch staatliche Maßnahmen oder Unterlassungen hervorgerufen worden, sondern durch Ursachen, die in allen Produktionsländern und in jedem Wirtschaftssystem gleichmäßig wirken. Verschiedenes zur Hebung der Lage der Landwirtschaft vermag die Staatsgewalt trotzdem zu thun; und gewiß hat auch die Landwirtschaft einen gerechten Anspruch darauf, daß man ihr jedwede Hilfe gewähre, die mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbar ist. Das leidenschaftliche Verlangen nach Maßnahmen, deren Verwirklichung unmöglich ist und nur mit dem wirtschaftlichen Ruhm Deutschlands erkauft werden könnte, die Erweckung überspannter Hoffnungen in den Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung muß aber den Blick für das Erreichbare trüben und ist geradezu ein Hindernis für die Erfreilung der Landwirtschaft nützlicher und förderlicher Maßnahmen. Je eher und desto entschlossener die Reichsregierung den Antrag Rantz zurückweist, desto besser deshalb auch für die Landwirtschaft. So bitten wir denn Eure Durchlaucht, baldigst das erlösende Wort zu sprechen, das dem deutschen Erwerbsleben die ihm nötige Ruhe und Sicherheit zurückgibt!“

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht)

\*\* Berlin, 7. März.

Der Reichstag erledigte heute bei der fortgesetzten Verhandlung des Militärateats die vielfach umstrittene Forderung für die Commandanturkasse in Altona, welche bewilligt wurde; ferner nahm das Haus die von der Budgetkommission vorgelegte Resolution an, wonach der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum einjährigen Dienst der Volksschullehrer in sich schließt. Staatssekretär Dr. von Bötticher hatte hierbei in Aussicht gestellt, daß das preußische Ministerium sich diese Forderung aneignen werde. Als dann wurde die Verwendung von Soldaten als Arbeiter auf dem Lande erörtert, sowie die Frage, in wie weit die Provinzämter ihre Bedürfnisse direct von den Produzenten decken sollen. Um 5½ Uhr wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Beim Schlusse der Sitzung ertheilte Präsident v. Levetzow dem Abgeordneten Ahlwardt wegen seiner geflügelten Äußerungen einen nachträglichen Ordnungsruß, indem er dabei betonte, daß er dies aus eigenem Antrieb thue. Im Hause

grund hatte ihn zu solcher That getrieben? Was sollte sie ihm?

Er war ihr Gatte — das durfte sie nicht vergessen. Sie gehörten einander an, für gute und böse Tage. Aber ein Mörder! Sie drückte das Gesicht fest in's Kissen, um in ihrer Seelenqual nicht laut auszuschreien.

Die Morgendämmerung brach herein. Sie konnte Sholto im Nebenzimmer ein Liedchen vor sich hinsummen hören; dann legte sich seine Hand auf die Alinke der Thür, die in das Schlafzimmer führte, und die Melodie brach plötzlich ab; die Thür war sonst noch nie verschlossen gewesen. Er klopfte, aber sie antwortete nicht. Er mußte glauben, sie schlief, und beschlossen haben, sie nicht zu wecken, denn er pochte nicht wieder.

Ein paar Minuten später hörte sie diese Stille; Bettie war die einzige in dem großen Hause, die wachte. Sie setzte sich an's Fenster und sah den Tag anbrechen und, als es hell wurde, war ihr Entschluß gefasst.

## Capitel XI.

„Wie elend die gnädige Frau aussieht!“ rief das Mädchen, das Bettie am nächsten Morgen ihren Thee herausbrachte. Sie wußte nicht, daß ihre Herrin hastig in's Bett geschlüpft, als sie draußen ihre Schritte vernommen.

„Sagen Sie dem gnädigen Herrn, daß ich nicht zum Frühstück herunterkomme, und daß ich nicht gestört zu werden wünsche“, sprach die junge Frau.

Eine halbe Stunde später stand sie auf, warf ihren Schlafrack aus blauem Serge über und ging in das Ankleidezimmer ihres Mannes.

Sie kam sich selbst verächtlich vor, als sie den Schrank öffnete und seine Anzüge durchsuchte, aber sie wurde keinen Augenblick in ihrem Vorhaben schwankend; sie wollte Gewissheit haben, daß wirklich ein Anops und ein Stück Stoff von dem Rocke, den sie Sholto in der Nacht hatte tragen sehen, abgerissen seien. Gurney hatte das Zeug seines Herrn schon zum größten Theil eingepackt; die Kommode war fast ausgeräumt, und es hingen nur wenige Kleidungsstücke im Schranken, und unter diesen wenigen befand sich der Rock, nach dem Bettie suchte, nicht.

„Kann ich Ihnen behilflich sein, gnädigste Frau?“

wurde das Verhalten des Präsidenten allgemein als eine Art Rückzug aufgefaßt.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff tritt für die Bewilligung der Commandanturkasse in Altona ein, indem er hervorhebt, daß er seine Redewendung in der vorigestrichen Sitzung bezüglich des Staatsbruches wegen einer Bewilligung von 7000 Mk. natürlich nur im Scherz gemeint habe.

Abg. v. Radowitz (Reichsp.) und Abg. v. Massow (cons.) treten ebenfalls für die von der Commission nach ihrer Zurückverweisung an dieselbe bewilligte Commandanturkasse ein.

Abg. Pachnitze (freil. Vereinig.) und Abg. Richter (freil. Volksp.) sprechen dagegen und heben hervor, daß die Angelegenheit zu milde charakterisiert sei; es handle sich nicht um eine außerehelichmäßige Bewilligung, sondern es liege eine etats- und gesetzwidrige Maßregel vor, denn der Posten dürfe nach dem Abgang des bisherigen Inhabers nicht wieder beklebt werden.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) spricht sich ebenfalls für Bewilligung aus, nachdem in der Commission die etatsrechtlichen Bedenken durch den Kriegsminister und den Staatssekretär völlig beseitigt seien.

Abg. Bebel (soc.) meint, es sei wieder mal etwas hinter den Couliers geschehen, um das Centrum für die Forderung geneigt zu machen.

Abg. Dr. Schäbler (Centr.) weist den Vorwurf des Vorredners zurück.

Die Forderung wird angenommen.

Beim Capitel Geldverpflegung der Truppen ergreift das Wort

Abg. v. Vollmar (soc.): Redner beschwert sich über den Missbrauch der Soldaten als Erntearbeiter, wodurch nur den Großgrundbesitzern ein Dienst erwiesen werde und die Löhne der Arbeiter herabgedrückt würden. In Bayern würden solche Beurlaubungen nur insoweit ertheilt, als zur Bergung der Ernte in den Familien der Soldaten notwendig sei.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Auch in Preußen wird im wesentlichen bei den Beurlaubungen zu Erntearbeiten nach demselben Prinzip verfahren. Lediglich wird das Maß der Zeit der Dienstentziehung erheblich überschätzt, es beträgt, auf die ganze Armee berechnet, nur ein fünfzig Tag. Die ländlichen Besitzer selbst haben ein größeres Interesse ländliche Arbeiter einzustellen als Soldaten, da die Verwendung der letzteren sich wesentlich teurer stellt. Andererseits sind die Fälle, daß die Reise des Getreides bei den verschiedenen Getreidearten gleichzeitig eintreift, gar nicht selten. Solche Fälle sind als Notstand aufzufassen und dann ist die Aushilfe durch Soldaten doch nicht tadelnswert. Eine Lohndrückerei ist nicht beabsichtigt und wird auch nicht herbeigesetzt.

Abg. Frhr. v. Mantuwall (cons.) schließt sich den Ausführungen des Ministers an. Mit Passion wird sich kein Grundbesitzer Soldaten als Arbeiter mieten. Wenn wir aber die Löhne für die ländlichen Arbeiter nicht mehr bezahlen können, dann sind wir dankbar, wenn wir Soldaten bekommen. Man möge die Großgrundbesitzer in die Lage versetzen, höhere Löhne zahlen zu können.

Gurney war unbemerkt in's Zimmer getreten.

„Stein, danke“, antwortete sie und fuhr sich mit der Hand über die Stirn. Dann hielt sie inne und überlegte. Er konnte nicht wissen, weshalb sie den Rock zu seien wünschte — sie konnte ihm ruhig danach fragen.

„Ja, Sie können mir helfen, Gurney. Ich suchte den Rock, den der gnädige Herr diese Nacht im Garten trug.“

Der Ausdruck, den sie in der Nacht in den Zügen des alten Dieners bemerkte, überstieg sein Gesicht aufs neue, aber diesmal trat er viel schärfer hervor und ihr Argwohn, daß der Alte etwas wisse, wurde fast zur Gewissheit.

„Es thut mir leid, gnädige Frau, aber der Herr gab ihr mir heute Morgen, um ihn zu verschenken, und das habe ich schon gethan.“

„Wem haben Sie ihn gegeben?“

„Ich — Ich weiß den Namen nicht, gnädige Frau“, sagte Gurney stockend und sehr verlegen. Bettie blickte ihm fest in die Augen.

„Ich glaube Ihnen nicht. Sie haben den Rock nicht verschenkt. Sagen Sie mir, wo er ist.“

Der alte Diener sah aus, als wünschte er, die Erde möge sich öffnen und ihn verschlingen.

„Sagen Sie mir, wo er ist“, wiederholte seine junge Geliebte.

„Er ist verbrannt“, stammelte er endlich.

„Weshalb haben Sie ihn verbrannt?“

„Ich hielt es für besser, für sicherer, gnädige Frau.“

Gurney warf bei diesen Worten einen verstohlenen Blick auf Bettie, den diese auffing. Sie verstand ihn. Er wußte alles und bemühte sich, jeglichen Verdacht von seinem Herrn abzuwenden. Das Schlimmste, was sie gefürchtet war wahr, und es blieb der Hoffnung kein Raum mehr. Es war nicht mehr nötig, den Rock zu untersuchen, selbst wenn er da gewesen wäre. Das Gesicht des Alten sagte ihr alles.

Die Uhr war elf. Sholto mußte in dem Zimmer sein, das ihm als Bureau diente und in dem er geschäftliche Angelegenheiten mit seinen Pächtern zu verhandeln oder Briefe zu schreiben pflegte. Sie wollte heruntergehen und mit ihm reden, alles sollte gleich geordnet werden.

(Fort. folgt.)

bann wird den Alagen bei diesem Thema sofort der Boden entzogen sein.

Abg. Holz (Reichsp.) bemerkt, daß in den Ostprovinzen Erntearbeiter in der Erntezeit oft gar nicht aufzutreiben sind. Bei solchen erhöhten Bedarf könnte doch von einer Concurrenz zwischen Soldaten und freien Arbeitern keine Rede sein.

Abg. Herbert (Soc.) behauptet dagegen, aus Pommern Fälle nachzuweisen zu können, wo eine solche Concurrenz tatsächlich eingetreten sei.

Es erfolgt der Antrag der Commission, wonach der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum einjährigen Dienst geben soll.

Abg. Weiß (freis. Volksp.) will, unterstützt von den beiden freisinnigen Fraktionen, diese Resolution dahin ergänzen:

- dass der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger in sich schließt,
- dass durch die in Aussicht stehende Einführung des Einjährigendienstes der Volkschullehrer und Candidaten des Volksschulamtes denselben die Berechtigung zur Ableistung des Militärdienstes als Einjährig-Freiwillige nicht entzogen wird.

Schon im Vorjahr war man der Ansicht, daß die Bildung des Volkschullehrers die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst gerechtfertigt erscheinen lasse. Der Kriegsminister hat in der Commission eingemeldet, daß bei Einjährig-Freiwilligen gewisse Sprachkenntnisse erforderlich seien, die den Volkschullehrern fehlten. In dem Lehrplan der meisten Seminarien ist aber die Erlernung fremder Sprachen vorgesehen. Auch sonst sind die Kenntnisse der Volkschullehrer den Kenntnissen der Gymnasial-Einjährigen gleich. Jetzt handelt es sich auch darum, ob die Volkschullehrer alle Rechte der Einjährigen haben sollen, oder ob sie in den Räumen wohnen und ob für sie die Erlangung des Patentes eines Reserve-Offiziers ausgeschlossen sein soll. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Gerade das Wohlwollen, mit dem der Kriegsminister die Wünsche der Volkschullehrer im vorigen Jahre entgegengenommen hat, hat mich veranlaßt, im Staatsministerium auf die Erwähnung dieser Frage hinzuwirken und es gibt Stimmen, die sich im Sinne der Resolution bereits positiv ausgesprochen haben, so daß sich hoffen läßt, daß die Entscheidung zu Gunsten der Wünsche der Commission ausfallen wird. Die Resolution ist gleichwohl nicht ohne formale Bedenken. Nach der Resolution soll der Reichstag entscheiden, ob die Vorbildung der Seminarlehrer gleichbedeutend ist mit der Vorbildung der einjährigen Gymnasiasten. Der Reichskanzler, welcher festzuhalten hat, wofür die Schulen berechtigen, hat in solchen Dingen stets die Reichschulcommission befragt. Das Bedenkliche ist, daß der Reichstag jetzt entscheiden soll, ohne daß vorher eine wissenschaftliche Behörde ihr Urteil abgegeben hat. Den Zusatz des Abg. Weiß halte ich für entbehrlich.

Im Sinne des Antrages der Commission sprechen dann noch die Abgeordneten Röske (lib.), Dr. Lieber (Centr.), Bassermann (nat.-lib.), Pachnicke (freis. Vereinig.), v. Aardorf (Reichsp.), v. Leipziger (cons.) und Werner (Antif.). Alle Redner erläutern zugleich die Bedenken des Staatssekretärs Dr. v. Bötticher nicht für sich haltig.

Abg. Bebel (soc.) erklärt sich allein im Namen seiner Fraktion gegen die Resolution, weil Socialdemokraten prinzipiell nicht die Zahl der Privilegien vermehren wollen.

Im Laufe der weiteren Debatte wird dann der Zusatzantrag Weiß zurückgezogen und die Resolution der Commission gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Es folgt die Beratung des Kapitels Naturalversorgung der Armee.

Abg. Frhr. v. Buol-Berenberg (Centr.) äußert den Wunsch, daß die Militärverwaltung resp. die Provinzämter ihren Bedarf durch Hände direkt bei den Produzenten d. h. bei den Landwirthen decken sollen. Um dem oft erhobenen Einwand zu begegnen, daß dabei nur Großgrundbesitzer berücksichtigt werden könnten, schlägt ich vor, daß die kleinen Landwirthe sich zu Genossenschaften zusammenschließen. Ich wundere mich überhaupt, daß die Landwirthe von dem Genossenschaftsgesetz so wenig Gebrauch machen.

Generalmajor v. Gemmingen: Mit Recht hat der Vorredner den Einkauf von Genossenschaften als zweckmäßig empfohlen. Die Militärverwaltung hat auch schon vielfach den Weg des Einkaufs von den Produzenten unter Vermittlung von Vertrauensmännern eingeschlagen. Es ist dabei für die Beamten nur nicht leicht, zu entscheiden, ob sie einen Vertrauensmann oder einen Händler vor sich haben. Der freihandlige Einkauf von den Produzenten selbst ist zweitens sehr erschwert. Das Getreide ist nicht immer rein genug, so z. B. der Hafer. Auf eine gute, reine Qualität muß die Militärverwaltung aber besonders sehen, denn nach der Qualität richten sich die Rationen. Im übrigen sind wir, worauf ich schon in der Commission aufmerksam gemacht habe, überhaupt nur bestrebt, Consumen. Die Regierung wird jedoch nach Möglichkeit den laut gewordenen Wünschen gerecht zu werden versuchen.

Abg. Schall (cons.) fragt wegen der Errichtung einer dritten Conservenfabrik an.

Generalmajor v. Gemmingen: Die Absicht der Errichtung einer dritten Conservenfabrik besteht nicht mehr. Schon die jetzt bestehenden zwei Fabriken können nicht das ganze Jahr über in Betrieb sein, es sind dadurch periodische Arbeiterentlassungen nicht zu vermeiden. Für eine dritte Fabrik ist daher gar kein Bedürfnis vorhanden.

Abg. Singer (soc.): Die Arbeiterinteressen sind bei Herrn Schall in weniger guten Händen als bei den Socialdemokraten. Das zeigt sich an dem Vorschlag des Herrn, den Arbeiterinnen in der königlichen Gewehrfabrik in Spandau etwas vom Lohnen zurück zu behalten zum Zweck der Absführung an die Sparkasse, um ihnen bei der Entlassung etwas Geld in die Hand geben zu können.

Hierauf wird die Vertagung der Debatte beabsichtigt.

Präsident v. Levetow: Ich halte es für angebracht, auf einen Vortrag in der gestrigen Sitzung zurückzukommen. Es sind ja schon früher in diesem Hause beleidigende Ausführungen gefallen gegen ganze Gemeinden, gegen politische Parteien, gegen Socialdemokraten, Antisemiten, ganze Berufsstände, Arbeitgeber, Junker und Pfaffen. Es war dabei immer vorausgesetzt, daß die Allgemeinheit nicht wohl beleidigt werden kann im Gegenzahl zu einzelnen Personen außerhalb des Hauses. Ich habe stets bedauert,

dass die Gewohnheit derartiger beleidigender Ausführungen so um sich gegriffen hat und ich möchte nicht, daß das noch weiter geschieht. Nun hat Herr Ahlwardt gestern nicht nur übermäßigen Gebrauch davon gemacht, sondern auch einen Gebrauch, welcher mit der Würde des Hauses nicht vereinbar erscheint. (Sehr richtig.) Ich erinnere nur daran, daß er den Ausdruck "Raubthiere" auf Personen angewendet hat, welche das deutsche Bürgerrecht genießen. Um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, rufe ich Herrn Ahlwardt nachträglich zur Ordnung. Ich thue dieses aus eigenem Antrieb und nicht veranlaßt durch die geschäftsordnungswidrige Bemerkung, die von einer Seite gemacht wurde und von mir gestern zurückgewiesen worden ist. (Schluß der Sitzung 5½ Uhr.)

Berlin, 7. März. In der Budgetcommission bemängelte beim Colonialrat Abg. Prinz Arenberg (Centr.) die Beschaffung der Ausrüstungen für den Colonialdienst durch den Offizierverein. Der Director des Colonialamtes, Kayser, erwiderte, die Lieferungen des Offiziervereins seien stets sehr befriedigend. Auch die Abg. v. Podbielski (cons.), Arnim (Reichsp.) und Möller (nat.-lib.) traten für den Offizierverein ein, während Abg. Singer (soc.) eine größere Berücksichtigung der Industrie empfahl. Der Offizierverein sei nichts als ein Consumverein.

Die Wahlprüfungs-Commission hat die Wahl des Abg. Wiesike-Westhavelland (nat.-lib.) beanstanden.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Convertirungsfrage. Die Mehrheit vertrat die Ansicht, daß eine Heraushebung des Zinsfußes sämtlicher Staats- und Reichsanleihen auf 3 Proc. im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse nothwendig und wünschenswert sei. Bis zur nächsten Sitzung soll eine dem Staatsrat zu überreichende Resolution und eine im Reichstage einzubringende Interpellation vorbereitet werden, in welcher die Regierung erachtet wird, diese Convertirung in die Wege zu leiten unter möglichster Wahrung der Interessen der kleinen Rentner und gemeinnützigen Institute.

## Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

□ Berlin, 7. März.  
(Fortsetzung aus der Abendausgabe.) Das Abgeordnetenhaus beendigte im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung den Handelsrat und berief dann den Staat der Bauverwaltung. Um 4½ Uhr wurde die Berathung auf morgen 11 Uhr verlängert.

Abg. Beumer (nat.-lib.) empfiehlt die Trennung der Baugewerkschulen in mittlere und niedere.

Minister v. Berlepsch zweifelt daran, daß dieser Vorschlag den Beifall der Beflilligten finden werde.

Abg. Conrad - Flotow (cons.) beschwert sich darüber, daß die Stadt Deutsch-Akron für ihre Baugewerkschule zu große Leistungen zu machen habe.

Ein Regierungscommissar erwidert, daß die Städte Königsberg und Posen ebensole Asylhäuser zu diesem Zwecke aufzurichten müssen.

Abg. Gothein (freis. Vereinig.) ist nicht befriedigt von den Leistungen der Kaufmännischen Fortbildungsschulen, die vielfach mehr Wert auf Ausführlichkeit, als auf gediegene technische Ausbildung, die zur Führung eines eigenen Geschäfts befähigt, lege. Die Mittel, die für diese Schulen da sind, reichen nicht aus. Daher ist auch ihr Besuch schwach. Im übrigen möchte ich den Minister bitten, einen Preis auszusuchen für eine neue Handelsgeographie. Die jüngsten Lehrbücher sind nicht ausreichend.

Minister v. Berlepsch: Die Regierung würde die erbetenen Asylhäuser gern gewähren, aber das Geld ist leider zu knapp. Bezüglich des Schulbesuches wäre zu erwägen, ob derselbe nicht für die Kaufmannslehrlinge durch Ortsstatut obligatorisch gemacht werde. Die Anregung, welche der Abg. Gothein bezüglich eines neuen Lehrbuches der Handelsgeographie gegeben hat, werde ich gern verfolgen.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): In der Thronrede waren bedeutende Mittel für die Fortbildungsschulen versprochen, es sind aber tatsächlich nur so geringe Summen dafür ausgeworfen worden, so daß es nicht in der Thronrede besonders vermerkt zu werden braucht.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Nicht nur für die Fortbildungsschulen, sondern auch für die Fachschulen sind neue Mittel eingesetzt.

Abg. Kräwinkel (nat.-lib.): Die ausgeworfenen Mittel sind so gering, daß die betreffende Bemerkung in der Thronrede ganz überflüssig war.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Ich halte es nicht für zulässig, einen Passus in der Thronrede als überflüssig zu erklären.

Abg. Pleß (Centr.) bedauert, daß gestern der Minister einen Theil der Handwerker als indolent hingestellt habe.

Minister Frhr. v. Berlepsch bestreitet, daß er auch nur einen Theil der Arbeiter als indolent bezeichnet habe. Nach dem Ton des Herrn Pleß wird es schwer, mit den Herren umzugehen. Wie sind den Handwerkern mehr entgegengekommen, als es je zuvor geschehen ist.

Abg. Ehlers (frei. Vereinig.): Der pessimistische klagende Ton, in welchem der Herr Abgeordneter Pleß hier vom Handwerk als einem völlig bankrotten Stand gesprochen hat, erscheint mir nicht geeignet, das Vertrauen der Handwerker zu sich selbst zu beleben. Wenn die Selbsthilfe von den Handwerkern vernachlässigt wird, so wird alle Staatshilfe, welche Herr Pleß verlangt, nichts nützen. Freilich wird die Mitwirkung des Staates und der Gemeinden nicht zu entbehren sein. Durch das Zusammenwirken beider würde sich Großes erreichen lassen.

Es folgt die Berathung des Städt. der Bauverwaltung.

Abg. Gothein (freis. Vereinig.): Die Regierung hat eine Erwägung der Ermäßigung der Schiffssabgaben zugesagt; aber es scheint, als ob die Schiffsahrt noch lange auf diese Erwägung warten soll. Die Schiffssabgaben müssen nach der wirklichen Ladung und nicht nach der Tragfähigkeit der Schiffe bemessen werden. Herr Camp hat gemeint, die Kanäle und Ströme dienen hauptsächlich nur zur Einführung des fremden Getreides.

Auf der Oder hat aber die Landwirtschaft selbst den größten Vortheil durch den Transport von Zucker, Düngemitteln, Mehl ic. Herr Camp will einen Unterschied machen zwischen dem Schifferverkehr Stromauf und Stromab. Treten Sie den Vorschlägen des Herrn Camp nicht bei, Sie dürfen damit nur die Landwirtschaft schädigen. Die Schiffssabgaben sind gerechtfertigt; nur muß man dabei zu einem System kommen, welches die Schiffsahrt auch ertragen kann.

Nach einigen Bemerkungen über die Schiffsahrt auf der Warthe und Weser wird die Sitzung um 4½ Uhr geschlossen.

## Deutschland.

\* [Der verstorbene Landeshauptmann des Neu-Ginea-Schuhgebietes, Herr Schmieles.] Der sich, wie gemeldet, auf der Rückreise nach Europa in Batavia erstickt hat, ist mit einer einzigen Unterbrechung fast neun Jahre im Neu-Ginea-Schuhgebiet gewesen. Im Sommer 1886 wurde er vom Reichskanzler mit den richterlichen Funktionen erster Instanz auf Neu-Ginea beauftragt. Als im Jahre 1889 ein kaiserlicher Commissar mit der Landesverwaltung betraut wurde, erfolgte die Ernennung Schmiedes zum Kanzler, daneben behielt er seine richterlichen Funktionen. Im Jahre 1892 übernahm die Neu-Ginea-Compagnie wieder die Ausübung der Landeshoheit, und bei der Ernennung eines Landeshauptmanns kam Richter Schmieles, der sich mit Urlaub gerade in Berlin aufhielt, zuerst in Frage. Im Juni 1892 erfolgte seine Ernennung zum Landeshauptmann und unmittelbar danach seine Rückreise nach Neu-Ginea. Schon im nächsten Jahre hatte indessen Herr Schmieles vielfach unter Malaria-Anfällen zu leiden; auch kam er in unangenehme persönliche Gegenseite zu weichen Ansiedlern. So entstak sich die Neu-Ginea-Compagnie, ihn abzuberufen.

Mit seiner Vertretung ist der Corvetten-Capitän Rüdiger, früher Stellvertreter des Gouverneurs von Ostafrika, betraut, der auch sein Nachfolger werden darf.

\* [Antrag Kanitz.] Der Antrag Kanitz hat, wie bereits gemeldet, im deutschen Landwirtschaftsrath vor eine Majorität gefunden, aber nur eine solche von 36 gegen 32 Stimmen. Die „Nat.-Ztg.“ sieht darin eine „schwere Niederlage“ des Antrages Kanitz, denn eine „Annahme“ mit derartiger Mehrheit in einer Versammlung, in der jedes Mitglied ein competenter Beurtheiler der landwirtschaftlichen Verhältnisse, ein Freund und Vorkämpfer der Landwirtschaft ist, bedeute die Unmöglichkeit des Durchbringens des Antrages in irgend einer Vertretung noch anderer, als speziell landwirtschaftlicher Interessen. Die meisten Redner der Minderheit betonten, daß eine Maßregel auf Grund des Antrages Kanitz um sozialistischen Staaten führen müsse.

\* [Centrum und Bismarckfeier.] Be treffs der „Bismarckfeier“ hatten, wie gemeldet, die „Leipz. I. R.“ eine Rundfrage an hervorragende Personen gerichtet, ob sie einverstanden seien mit dem Gedanken, Bismarck zum Ehrenbürger des Deutschen Reiches zu machen. Aus den Antworten, welche erfolgt sind, seien noch folgende vermerkt: Der Vorsitzende der Centrumsfraction, Graf Rompeck, schreibt: „Der verehrliche Redaction erwidere ich ergeben, daß der 80. Geburtstag des Herrn Fürsten Bismarck mir keine Veranlassung giebt, die vorgelegten Fragen zu beantworten.“ Noch deutlicher meint der Führer der bairischen Centrumsmänner, Dr. Schädl: „Euer Hochwohlgeborene beeindruckt mich ergeben, daß in Rückinnerung an den Kulturkampf und die dadurch berührte Verherrlichung der Katholiken in Deutschland obige Fragen für mich gegenstandslos sind.“

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

### Das Kaiserwort.

Berlin, 7. März. Nach dem Stöcker'schen „Volk“ lautet die (gestern erwähnte) Ausfertigung, die der Kaiser bezüglich des Antrages Kanitz gegenüber dem Frhrn. v. Mantel auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages gehalten hat, folgendermaßen: „Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Brodwucher treibe.“

### Landwirtschaftsrath.

Berlin, 7. März. Der deutsche Landwirtschaftsrath beriebte heute die Frage, welche sind die Wirkungen der Befreiung des Identitätsnachweises, in Verbindung mit der Frage der Befreiung der gemischten Transatlager. Herr v. Puttkamer-Plauth führte aus, die Aufhebung des Identitätsnachweises habe sich segensreich erwiesen.

Nach der Aufhebung desselben erscheine die Beibehaltung der gemischten Transatlager nicht mehr erforderlich; er beantrage den Bundesrat zu bitten, die Befreiung der gemischten Transatlager im Binnenlande herbei zu führen, sowie das Rendements-Verhältnis bei der Mehlausfuhr der wirklichen Ausbeute entsprechend festzusetzen. Die meisten Redner sprachen sich in ähnlichem Sinne aus. Der Antrag unter Streichung der Worte im „Binnenlande“ wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Brunsbüttel, 7. März. Der Kaiser traf heute Vormittags 9 Uhr am Brunsbütteler Kanal ein und begab sich eine halbe Stunde später an Land, besichtigte die Schleusen-Anlagen und ging um 10½ Uhr wieder an Bord. Mittags wurde die Reise nach Bremerhaven fortgesetzt. Der Kaiser wurde von der herbeigeströmten Bevölkerung überall mit jubelnden Hurrahs begrüßt. Ein offizieller Empfang stand nicht statt.

Berlin, 7. März. Als Nachfolger des Grafen Stolberg im Oberpräsidium von Ostpreußen wird auch der frühere Landwirtschaftsminister v. Henden genannt.

\* [Berthümliche Meldung.] Die in der gestrigen Abend-Ausgabe wiedergegebene telegraphische Meldung nautischer Blätter, daß zwei Männer von dem Danziger Dampfer „Carlos“ verunglückt seien, muß auf einer Verwechslung mit einem anderen Schiffe beruhen. Der Danziger Dampfer „Carlos“ ist nicht bei Glaubusen eingefroren, sondern liegt, wie uns die hiesige Rhederei mittheilt, seit Wochen sicher in Helsingör und es sind alle Männer an Bord wohlauf. Ein Unfall ist nicht passiert.

\* [Wilhelm-Theater.] Am Mittwoch hat der Künstler Herr Marg sein erfolgreiches Gastspiel beendet. Die dadurch entstandene Lücke in dem Programm ist schnell wieder durch eine eigenartige Specialität erfüllt worden, nämlich durch Fr. C. v. Bernar mit ihrem Tancho-Theater. Die Dame, deren Leistungen ein guiter

Gegnerschaft in höheren Stellen, besonders bei dem Chef des Militärcabinets, General Hahnke, indessen sei der Kaiser für eine recht baldige und umfassende Reform.

Die „Nationalzeitung“ erklärt die Meldung des „Vormärts“, daß der Präsident des Oberverwaltunggerichts, Persius, sein Demissionsgesuch eingereicht habe, für eine Erfindung.

Dessau, 7. März. Auf Verfügung der Regierung werden sämliche Schulen Anhalts am 1. April den Geburtstag des Fürsten Bismarck feiern.

Paris, 7. März. Die „Estafette“ meldet, die deutsche Regierung habe beschlossen, an der französischen Welt-Ausstellung im Jahre 1900 teilzunehmen. Eine offizielle Mitteilung sei noch nicht eingetroffen, aber der deutsche Botschafter Graf Münster habe gestern offiziös den Beschuß der deutschen Regierung dem hiesigen Minister des Auswärtigen mitgetheilt.

Der Bauunternehmer Bourgeois, Erbauer der Kirche in Lourdes, hatte nach dem Erfchein von Emile Zola Roman Lourdes den Dichter, den Verleger und die Redaktion des „Gil Blas“, der den Roman zuerst veröffentlicht hatte, wegen Beleidigung verklagt. Das Gericht hat die Klage heute abgewiesen und den Aläger in die Kosten verurtheilt, da es annahm, daß Zola Roman nicht beleidigt sei und gründlichste nur Thaten wiedergebe, die in Lourdes den Gesprächsstoff bildeten.

Paris, 7. März. Nach einer Meldung des „Gaulois“ soll Kaiser Wilhelm beabsichtigen, den Tag der Einweihung des Nordostseehafens so festzulegen, daß nicht einer der Festtage auf den Jahrestag der Schlacht von Bellealliance (18. Juni) fällt.

London, 7. März. In der Denkschrift zum Heeresbudget wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es möglich sein wird, im Laufe des Jahres einen Theil der Truppen aus Ägypten abzuberufen. Hierdurch würde eine Anzahl der Mannschaften für die Garnisonen und Kohlensationen in Südafrika verfügbar werden.

&lt;

Ruf vorausgeht, arbeitet mit Figuren, die fast dreiviertel Meter hoch sind.

\* [Personalien bei der Forstverwaltung.] Lindau, Förster zu Wörth, Ober-Schorellen (R.-B. Gumbinnen), ist zum 1. April cr. pensionirt; Niccolovius, Reg.- und Forstrath zu Köslin, ist gefordert; Sachs, Förster zu Argenbruch, nach Wörth, Ober-Schorellen (R.-B. Gumbinnen), zum 1. April cr. versetzt.

\* [Glashammer.] In der gestrigen Sache wegen Betruges gegen den ehemaligen Landwirth Karl Hell und dem Agenten Louis Astman von hier ergab die Beweisaufnahme in den verschiedenen Fällen gegen den ersten Angeklagten, daß dieser schuldig sei. Bezuglich des Astmann waren dagegen nicht genügende Beweise vorhanden, weshalb er freigesprochen wurde. Hell wurde für seine Straftaten zusammen mit einem Jahr Gefängniß bestraft. Sobann wurde gegen den hiesigen Schiffsrüder Albert Nicollas Harder verhandelt. Derselbe wurde beschuldigt, das Vermögen des Herrn Fabrikbesitzer Schottler in Lappin um ca. 90.000 Mk. geschädigt zu haben. Harder war der Vertreter des Herrn S. hier und hat nebenbei bekanntlich eine Flughederei betrieben, zu welchem Betriebe er das Geld des Herrn Schottler teilweise gebraucht hat. Harder hat sich am 23. Oktober v. Js. selbst dem Gerichte gestellt. Er gibt seine Schuld im Allgemeinen zu und sucht sich mit seiner notorischen Krankheit zu entschuldigen. Er wurde ebenfalls zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

○ [Vereinsfeind.] Der hiesige Bezirksverein des Vereins für Handlungs-Commis von 1858 in Hamburg hält am Sonnabend, den 9. d. Mts., im Saale des Kaiserhofes seinen diesjährigen Herrenabend ab. Das vielseitige Programm verspricht Mitgliedern und Gästen einen unterhaltungsreichen Abend.

\* [Veränderungen im Grundbesitz.] Petershagen an der Radaune Nr. 21 ist verkauft worden von dem Arbeiter Theodor Louis Lehn an den Büchsenmacher Albert Matricarischen Chleute für 7650 Mk. Landau Blatt 10 ist auf den Eigentümer Robert Döring übergegangen.

## Aus der Provinz.

ph. Dirschau, 7. März. Heute traf hier die Nachricht ein, daß der Locomotivführer W. von hier in Hobbelbude im Dienste verunglückt ist. Beim Einfahren des Zuges in die Station bog er sich, um die Fahrt zu beobachten, aus der Maschine heraus und stieß mit dem Kopfe so heftig an den Wasserthurm, daß der Tod bald eintrat. Die Leiche blieb in Hobbelbude zurück.

Durch Feuer zerstört wurde gestern Abend eine Weichenstellerbude an den Ausfahrtsgleisen nach Bromberg.

○ Marienwerder, 7. März. In Folge landräthlicher Verfügungen sind aus dem Bezirke der kgl. Regierung zu Marienwerder in 2. Hälfte des Kalenderjahres 1894 sieben Personen aus dem preußischen Staatsgebiete ausgewiesen worden. Der Grund der Ausweisung war in den weitaus meisten Fällen vorausgegangene gerichtliche Bestrafung. Durch verwaltungsgerichtliche Entscheidung ist rechtshärtig festgestellt, daß das in Kreis Stuhm belegene Dorf Vorwerk Barlewitz nicht einen selbständigen Gutsbezirk, wie bisher angenommen, bildet, sondern zur Landgemeinde Barlewitz gehört. Dem Kreisschulinspector Dr. Hoffmann in Schönsee ist die Verwaltung der Kreisschulinspektion in Ronich und dem Kreisschulinspector Richter in Thorn die einstweilige Verwaltung der Kreisschulinspektion Schönsee übertragen worden.

Marienburg, 7. März. Eine eigenhümliche Entdeckung machte dieser Tage, wie die „Marienb. Igt.“ erzählt, der Gemeindevorsteher einer in unserem Kreise belegenen Ortschaft. Er war damit beschäftigt, die Feuerversicherungsbeiträge für zwei der Gemeinde gehörige Gebäude an die Kasse der westpreußischen Feuer-Versicherungs-Societät in Marienwerder abzuzahlen, eine Arbeit, die er in seinem Amt das erste Mal verrichtete, und wollte sich selbstverständlich über diese Zahlung genau informieren. Wie erstaunte er aber, als er die Bücher nachschlug und nun fand, daß das eine Gebäude schon seit 20 Jahren nicht mehr existierte, während dieser Zeit aber die Feuerversicherungsbeiträge ruhig weiter gezahlt worden waren.

Thorn, 7. März. Zwei Anaben der Schule in Mocker, Nischalke, Sohn eines Maurers, und Gehrk, Sohn eines Ariegsinvaliden, wandten sich vor kurzem mit Bittegesuchen an den Kaiser. Ersterer wünschte eine abgetragene Uniform vom Kronprinzen und Gehrk eine Geige, da er Musiker werden will. Der Sohn e. Nischalke hat nunmehr Nachricht aus dem Cabinet des Kaisers bekommen. Die abgetragene Uniform hat er zwar nicht erhalten, wohl aber soll sein weiterer Wunsch erfüllt und ihm der Besuch einer Unteroffizier-Vorschule gestattet werden. Auf das Bittegesuch des zweiten Anaben Gehrk, ist der Oberpräsident erfuhr, das Amt Mocker zu beauftragen, den Gehrk in Protokoll zu vernehmen. Ferner wurde das Urtheil seines Allofenzlehrers über seine musikalischen Anlagen und sonstigen Leistungen in der Schule eingefordert, welches günstig lautete. Veranlaßt wurden die Anaben zu ihrem Gesuche durch das Bittegesuch eines Berliner Schulknaben an den Kaiser um eine abgetragene Uniform des Kronprinzen, welche sie in einer Berliner Zeitung gelesen haben. (Th. O. J.)

Pr. Holland, 6. März. Herr Hammerherr Graf zu Dohna auf Canten wird auf seinem Gute Canthen eine Kirche erbauen lassen, zu welcher nur die Gemeinde Canthen eingepfarrt werden soll. Gegenwärtig ist selbst zum Kirchspiegel Grünhagen eingepfarrt. (O. B.)

Bom Kurischen Haff, 5. März. Ein Unglücksfall hat sich gestern auf einer Fischerstelle des Haffs, etwa eine halbe Meile von dem Fischerdorf Neustadt entfernt, ereignet. Zehn Fischer mit ihren Gehilfen waren damit beschäftigt, den frisch gefallenen Schne von der Arbeitsstelle zu entfernen und die Wühnen, welche zum Heranziehen der Netze dienen, zu reinigen und zu vergrößern. Bei diesen Arbeiten half auch der erst 15jährige Sohn des Fischers Altermann aus Rodahn mit und glitt hierbei vom Eisrande der Wühne plötzlich ab, so daß er in die eiskalten Fluthen stürzte. Sofort wurden Stangen über die Wühne gelegt, aber alle zeigten sich so schwach, sie brachen, und der junge Mann stürzte immer wieder in's Wasser zurück. Auch alle anderen Rettungsversuche mißlangen, denn der Verunglückte war bereits halb erstickt, und begann unter das Eis zu gerathen. Da in der höchsten Gefahr umstand sich der Vater des Ertrinkenden mit einer Leine, reidte sie den anderen Fischern zu und sprang dann zur Rettung seines einzigen Kindes in's Wasser. Es gelang ihm, den Sohn zu erfassen, ehe er ganz unter dem Eise verschwunden war, man brachte auch beide glücklich auf die Eisfläche, der junge Altermann aber zeigte nur noch schwache Lebenszeichen; alle Versuche zu seiner Wiederbelebung erwiesen sich als erfolglos, und schon nach wenigen Augenblicken war er eine Leiche. Auch der Vater des Verunglückten war durch die Anstrengungen derart geschwächt, daß er fast theilnahmslos dem Verbergen seines Kindes zuschaute; er ist so schwer erkrankt, daß man auch für sein Leben fürchtet.

## 18. Westpreußischer Provinziallandtag.

(Special Bericht der „Danz. Igt.“\*)

Dritter Verhandlungstag am 7. März.

(Schluß.)

Es folgte die Berathung einer Anzahl von Spezialakten der Provinzialanstalten, welche in einzelner Leitung wie folgt festgestellt wurden:

1) Irrenanstalt Schwedt (464 Kränke), Ausgabe 246 000 Mk., Einnahme 125 600 Mk., Zuschuß 120 400 Mk.

2) Provinzial-Irrenanstalt zu Neustadt (515 Kränke).

\* Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Ausgabe 323 500 Mk., Einnahme 191 500 Mk., Zuschuß 132 000 Mk.

3) Provinzial-Irrenanstalt zu Konradstein, zur Zeit noch im Bau begriffen. (Vom 1. Oktober 1895 ab 120 Kränke.) Ausgabe 41 000 Mk., Einnahme 22 500 Mk., Zuschuß 28 500 Mk. — Bei diesem Etat kam Abg. Dr. Baumback noch einmal auf seine gestrigen Ausführungen zurück und betonte, daß die Absicht, 50 Kränke aus Neustadt zu übernehmen, mit den gestrigen Ausführungen des Landesrathes Hinze im Widerspruch stehe, der zugestellt habe, im Interesse der Unterbringung der Danziger Geisteskranken habe die Distraction noch verschoben werden müssen. Landesrat Hinze sagte zu, daß vor allem die Ortsarmenverbände berücksichtigt werden sollen. — Abg. Peterlen warf Herrn Baumback vor, daß derselbe hier besonders die städtischen Interessen vertrete, woraus ihm Abg. Dr. Baumback erklärte, daß er es sich verbitten müsse, von dem Abg. Peterlen über die Ausübung seiner Abgeordnetenpflichten belehrt zu werden, lediglich dem Präsidenten siehe das Recht zu, ihn zu rechtschaffen.

4) Provinzial-Taubstummen-Anstalt zu Marienburg, (115 Freistellen). Ausgabe 62 100 Mk., eigene Einnahme 500 Mk., Zuschuß 61 600 Mk.

5) Provinzial-Taubstummen-Anstalt zu Schlochau, (136 Freistellen). Ausgabe 63 300 Mk., eigene Einnahme —, Zuschuß 63 300 Mk.

6) Provinzial-Hebammen-Lehranstalt zu Danzig, (22 frei zu verpflegende Lehrschülerinnen, 270 Wochenmänner). Ausgabe 26 800 Mk., eigene Einnahme 5300 Mk., Zuschuß 21 500 Mk.

7) Besserungsanstalt zu Ronich, (850 Häuslinge, und zwar 450 Corrigenden und 200 land- und ortssame Pfleglinge). Ausgabe 190 400 Mk., darunter 6650 Mk. zu außerordentlichen Ausgaben. Eigene Einnahme 62 000 Mk., Zuschuß der Provinz 118 400 Mk. Die mit dem Anstalt verbundene Landwirtschaft und Siegelreihe brachte eine Gesamteinnahme von 98 900 Mk. (13 100 Mk. mehr als im Vorjahr), von denen 67 700 Mk. (11 900 Mk. mehr als im Vorjahr) durch die Gutswirtschaft, 22 200 Mk. (1200 Mk. mehr als im Vorjahr) durch die Siegelei erzielt wurden. Die Ausgaben betragen für die Landwirtschaft 62 400 Mk. (13 500 Mk. mehr als im Vorjahr) für die Siegelei 16 500 Mk. (500 Mk. mehr als im Vorjahr), so daß ein Überschuss von 11 000 Mk. erzielt wurde. Der wirkliche Ertrag des Landwirtschafts- und Siegelbetriebes stellt sich auf 17 738 Mk., von denen der Ertrag aus dem Schen vor dem Ankauf des Gutes Siegel aus dem Besitz der Anstalt gewesenen Landes abzüglich ist. Dieser Ertrag ist veranschlagt worden auf 3400 Mk., so daß sich der Reinertrag des ehemaligen Gutes Siegel auf 14 338 Mk. befreist. Sieghen davon 4 Proc. Zinsen für das Ankaufsgebot von 165 000 Mk., welches der Provinzialfonds zum Ankaufe und ersten Einrichtung des Gutes baar hergegeben hat, und die Zinsen für die übrigen zu 5 Proc. eingetragenen Kapitalien sowie die Zinsen für Gelder, welche nachträglich zu Meliorationen angewendet sind, insgesamt in der Höhe von 13 830 Mk. von jenem oben ermittelten Reinertrag des Gutes Siegel ab, so verbleibt immer noch ein Überschuss von 708 Mk. Es ergibt sich also hieraus die Thatfrage, daß ein Gut, welches bis auf den letzten Pfennig seines Wertes mit Hypotheken belastet ist, dennoch einen Reinertrag von beinahe 1000 Mk. bringen kann. — Abg. Müller bittet hierbei, mehr als bisher Ortsarme als Pfleglinge aufzunehmen und die Verpflegungssätze zu verringern. Eine besondere Vorlage ist bereits von der Rechnungscommission eingereicht worden.

8) Zwangserziehungsanstalt zu Tempelburg, (250 Pfleglinge). Ausgabe 86 000 Mk., eigene Einnahme 2400 Mk., Zuschuß der Staatsregierung 43 195,12 Mk., Zuschuß der Provinz 40 404,88 Mk.

9) Blindenanstalt zu Königsthal, (72 Pfleglinge, 3 Pensionäre und 20 Pfleglinge, welche auf Grund des Reglements zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 in der Provinz Westpreußen aufzunehmen sind). Ausgabe 73 500 Mk., eigene Einnahme 35 000 Mk., Zuschuß 38 500 Mk. Trotzdem in diesem Jahre 30 Pfleglinge mehr aufgenommen worden sind, hat sich doch der Zuschuß nur um 1200 Mk. erhöht, da die eigenen Einnahmen von 28 650 Mk. im Vorjahr auf 35 000 Mk. gestiegen sind.

10) Westpreußische Feuersocietät. Einnahme 622 000 Mk. (darunter ordentliche Feuersocietäts-Beiträge 583 400 Mk., Beiträge zum Reservefonds 37 758,25 Mk.), Ausgaben an Brandabschadensvergütungen 516 500 Mk., zum Reservefonds 37 758,25 Mk., Beihilfen zur Anschaffung von Feuerlöschgeräthen u. s. w. 5000 Mk., Prämien für Ermittlung von Brandstiftern u. s. w. 4000 Mk., Belohnungen und sonstige persönliche Ausgaben 50 591,50 Mk. u. s. w. Summa wie in Einnahme.

11) Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse. Einnahme an Witwenbeiträgen und Waisenkassen der Kommunen je 97 431,84 Mk., zum Sicherheitsfonds 22 214,50 Mk., Ausgaben an Wittwen- und Waisenfonds 47 370 Mk., an den Sicherheitsfonds 39 000 Mk. Summa wie in Einnahme. Die Staatscommission hat einen Antrag gestellt der Landtag wolle eine Ermäßigung der Witwenbeiträge auf den reglementsmäßigen geringsten Satz von 1 Prozent, falls ein solcher in Antrag gebracht werden sollte, nicht zuzustimmen. Abg. Müller führte aus, die Beiträge der Kassenmitglieder seien von 6 Prozent im Jahre 1889 auf 3 Prozent herabgesetzt worden, von denen 1½ Prozent die Beamten, 1½ Prozent die Communen tragen. Mehrere Communalverwaltungen haben schon damals diese 3 Prozent auf ihre Kassen übernommen. Da nun auch die Lehrer nunmehr von Beiträgen befreit sind, empfiehlt es sich, daß auch die Provinzialverwaltung diesen Beitrag folgt und die 1½ Prozent der Beamtenbeiträge auf die Provinzialkasse übernimmt. Herr Landesdirektor Jäckel meinte, daß in diesem Jahre eine Übernahme nicht erfolgen könnte, und sagte zu, daß im nächsten Jahre der Vorjagd geprüft werden sollte. Dr. Baumback war der Meinung, daß es wünschenswert sei, daß von Beamten Relieffenbeiträge nicht eingezogen würden. Dieses Ziel würde am besten durch Heraufsetzung der Beiträge erreicht werden. Es müsse doch einmal in der Kasse der Beharrungsjustiz eintreten. Wenn die Beiträge auf je 1 Prozent für beide Kategorien (Beamte und Communen) herabgesetzt worden wären, so würden dem Reservefond noch immer 17 689 Mk. zugeführt werden. Landesdirektor Jäckel wendete dagegen ein, es sei sehr schwer, den Beharrungsjustiz zu berechnen, da noch heute ganze Kategorien von Beamten der Kasse zugeführt würden. Eine Herabsetzung der Beiträge empfiehlt sich nicht. Der Referent der Staatscommission Abg. Dr. Jander teilt mit, daß die Commission schon einen Antrag formuliert habe, im Sinne des Abg. Müller, in einer späteren Sitzung aber beschlossen habe, für dieses Jahr von einem Antrage abzusehen. Der Zuschuß des Provinzialverbandes beträgt zur Zeit 5940 Mk.

12) Stat für Kunst und Wissenschaft schließt mit 40 000 Mk. ab. An Subventionen an Vereine sind 7600 Mk., zu persönlichen und südländischen Ausgaben für das Provinzial-Museum 28 030 Mk. und zur Disposition der Centralcommission 4370 Mk. eingestellt worden. Der Referent Abg. Dr. v. Jander führt aus, daß 40 000 Mk. eine sehr große Summe seien, die mit den für öffentliche Zwecke ausgeworfenen Fonds in keinem Verhältnisse stehe. Dennoch habe die Commission nach reichlicher Überlegung dahin entschlossen, den Spezialrat in der früheren Höhe zur Bewilligung zu empfehlen, um nicht den Gesellschaften, welche nur durch die Subvention der Provinz ihre Bestrebungen für Denkmäler können, ein plötzliches Ende zu machen.

Die Verhandlungen wurden hierauf verlegt und beschlossen, die Berathung des Hauptaktes, welcher jetzt zum ersten Male in einmaliger Leitung erledigt wird, als ersten Punkt der Tagesordnung zu erledigen. Die Sitzung beginnt heute um 11 Uhr Vormittags.

## Vermischtes.

Befreiung des Spandauer Postdiebes.

Spandau, 7. März. (Telegramm.) Der Postsecretär Städtke, welcher auf der Post das Jahr mit 10 700 Mk. entwendete, ist heute zu dreijährigem Gefängniß und dreijährigem Verlust verurtheilt worden.

## Jugentgleitung.

Flensburg, 7. März. (Telegramm.) Vom 1. Juge 8 Flensburg-Areal sind bei Maashbuell in Folge starker Schneewehen beide Locomotiven entgleist. Die Locomotivführer sind erheblich, die Heizer weniger schwer verletzt. Die erste Maschine, welche umstürzte, ist teilweise zertrümmert. Der Verkehr Areal-Flensburg ist nur bis Husby aufrecht gehalten. Auf weiteres verkehren ab Flensburg keine Züge.

## Feuer im Theater.

Linz, 6. März. Während der heutigen Vorstellung entstand in einem Seitenflügel des Theatergebäudes ein Brand, durch welchen die Garderobe vernichtet wurde. Der Brand wurde schnell gelöscht. Im Zuschauerraum entstand Unruhe, die Vorstellung wurde daher unterbrochen. Die Besucher verließen hierauf das Theater in voller Ruhe. (W. L.)

## Schneefall.

Rimini, 6. März. Gestern schnellte es hier ununterbrochen 16 Stunden. Heute früh um 9 Uhr begann ein neuerlicher Schneefall. Der Verkehr ist unterbrochen. (W. L.)

## Ein ehrlicher Entführer.

Eine angenehme Überraschung wurde, wie man dem „Pester Lloyd“ schreibt, dieser Tage dem Fekete-Gharmate Landwirth Michael Pap zu Theil. Vor vierzehn Jahren war ihm nach kaum einjähriger Ehe seine junge Frau von einem Unbekannten entführt worden. Pap hatte sich keinerlei Mühe gegeben, die verlorene Frau wieder zu erlangen. Äußerlich stellte sich nun bei ihm ein Alter Bauer, Gabriel Soki, ein, der ihm die Mithilfe brachte, er sei es gewesen, der vor vierzehn Jahren Frau Pap entführt habe. Jetzt sei er, Soki, Nazarener gemorden, und im Sinne der Sitzungen seines neuen Glaubens müsse er alles, was nicht rechtmäßig ihm gehöre, dem wirklichen Eigentümer zurückstatten. So habe er denn jetzt Frau Pap ihrem Gatten zurückgebracht und auch das Ergebnis der unrechtmäßigen Ehe — fünf lebende Kinder — stelle er Pap zur Verfügung. Pap war von dieser Eröffnung begeistert. Pap war von dieser Eröffnung begeistert. Ein ehrlicher Entführer.

## Baldrian Heil!\*

Aus Münster i. W. berichtet der „Westfäl. Merkur“ vom 28. v. M.: Der Antiken- und Verein hielt gestern eine ziemlich stark besuchte Versammlung. Darin machte der Vorsitzende die Mithilfe, daß im Laufe des vergangenen Jahres 1223 Aktenhänse eingeliefert wurden, erheblich mehr als im Jahre 1893. Ein in Anregung gebrachter Vorschlag behufs Bildung eines Anti-Hundevereins als Angliederung an den Antikenverein wurde abgelehnt, obwohl man zu der Ansicht hinneigte, daß die Hunde (mit Ausnahme von Ketten-, Jagd- und Schäferhunden) als überflüssig zu betrachten seien. Mit einem kräftigen „Baldrian-Heil!“ schloß der Präsident die Versammlung.

## Zuschriften an die Redaktion.

Herr A. Greiser in Joppot erfuhr uns mit Bezug auf den Bericht in Nr. 21 226 aus Joppot über die künftige Organisation der Badekasse um folgende Mithilfe:

Ich hatte in der vorliegenden Sitzung den Antrag gestellt, dem zeitigen Bade- und Kurhaushäfen Rentanten zu kündigen, weil die Tantieme von ca. 2400 Mk. viel zu hoch ist und ein anderer event. zu wählender Rentendat dafselbe für ca. 800 Mk. für die kurze Zeit (3—4 Monate) leisten würde. Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Auf eine Beschwerde an den Kreis-Ausschuß in Neustadt ist vom Vorsitzenden derselben eine Verfügung an den höchsten Gemeindevorsteher ergangen, welche den Gemeindeverordneten in der leichten Gemeindebesitzung vorgelesen wurde. Nach derselben wurde bestimmt, die Bade- und Kurhaushäfe mit der Gemeindekasse zu vereinigen und für die Dauer der Badesaison im Badebüro eine Receptur zur Erhebung der Kurzage etc. einzurichten. Ich berufe mich auf das Protokoll der leichten Gemeinde-Verordneten-Sitzung und auf das Zeugnis der Anwesenden.

A. Greiser, Gemeindeverordneter.

Der Bericht in Nr. 21 226 hatte die gesetzlichen Bestimmungen angegeben, auf Grund deren die neue Organisation eintreten müsse und in Conferenzen mit Vertretern der Aufsichtsbehörden vereinbart worden sei: In wieweit der vorstehende Vorgang damit in ursächlichem Zusammenhang steht,

# Kunst-Ausstellung.

Die statutenmäig für die gegenwärtige vom 29. November 1894 ab laufende zweijährige Verwaltungperiode unseres Vereins veranstaltet große Ausstellung von Werken zeitgenössischer Künstler findet am

10. März bis einschließlich den 16. April a. C.  
in den oberen Räumen des Stadt-Museums statt.

Die Ausstellung ist täglich von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Das Eintrittsgeld beträgt 50 S pro Person. Karten, welche zu wiederholtem Besuch während der ganzen Dauer berechtigen, werden — auf den Namen des Inhabers lautend — an der Kasse ausgestellt, sind nicht übertragbar und kosten 3 M für unelbständige Angehörige von Vereinsmitgliedern 2 M pro Person. Die Mitglieder des Kunstvereins haben freien Eintritt. Unter 10 Jahre alten Kindern wird der Besuch der Ausstellung nicht gestattet. Gläser, Schirme u. dergl. sind in der Garderobe abzulegen. Cataloge sind an der Kasse für 50 S käuflich.

Danzig, den 8. März 1895. (4539)

## Der Vorstand des Kunstvereins.

Bud. Kaemmerer. O. Bischoff. Dr. Piwko.

**Stellung, Existenz, höheres Gehalt**

erlangt man durch eine gründliche **kaufmännische Ausbildung**, welche in nur 3 Monaten von Jedermann erworben werden kann. Taugende fanden dadurch ihr Lebensglück. Herren und Damen, Eltern und Vormünder belieben Institutsnachrichten gratis zu verlangen.

**Erstes deutsches Handels-Lehr-Institut.**  
Otto Siede, Elbing. (55)

**Möbeltransport- u. Speditions-Geschäft.**

Zu den Umläufen und Verschleppungen empfehle ich meine großen u. kleinen geschäftlichen Möbelwagen. Tägliche Packmeister für Glas, Porzellan, Porzess, Kunstdgegenstände und Delgemälde. Preise billig.

4550 Max Böttmeyer, Astorhagergasse 9.

C. L. Flemming, Globenstein, Voll Rittersgrün, Sachsen.

**Wagen** bis zu 12 Ctr. mit abgedrehten Eisenäpfchen, gut befestigt.

25 35 50 75 100 150 kg Tragkraft.

5.50 8.50 11. 14. 16.50 27. M. gestrichen.

Flug- und Heckbauer, Einsatzauber, Gefangenschaften.

Musterstücke 9 Stück fort. 1. Kanarienbücher M. fraco.

Holzwarenabteilung.

Illustrierte Preisliste gratis, franco.

**Sammelladung** nach Elbing, Allenstein. Ad. von Riesen.

Quittungsbücher, zum Quittieren der Hausmietern, sind für 10 Pfennige pro Stück zu haben in der

Expedition der „Danziger Zeitung“.

Gestern, den 3. d. Mts., Abends 8 Uhr, in der Scherl'schen Aula:

**Discussions-Abend** über das Thema: „Kann ein Materialist Interesse haben für religiöse Bestrebungen?“ Referent Th. Prengel. — Belehrung Jedes gestattet.

Sonntag, den 10. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, dafelbst. Vorlesung des Herrn Th. Prengel über: „Erthum und Irren.“

Zutritt jedem frei. (4421) Der Vorstand.

Durch die glückliche Geburt eines Mädchens wurden erreicht Heinrich Papke

4546 und Frau. Emaus, den 6. März 1895.

Statt besonderer Meldung. Heute Nacht 1/2 Uhr starb unerwartet nach vierjährigem Krankenlager unter innigsterliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

**Gerhard Foth**, im Alter von 29½ Jahren, welches tief betrübt anzeigt Ziganenberg-Danzig, den 7. März 1895.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den 11. März cr. Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Petrikirchhofs (Halbe-Allee) aus statt.

Am 6. d. Mts., Mittags 1 Uhr, endete ein plötzlicher Tod nach langem schweren Leiden das Leben meines innigst geliebten Mannes, unters guten Vaters, Schwiegers, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Fleischermeisters

**Carl Alter**, im vollendeten 50. Lebensjahr. Dieses zeigen tief betrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen, Emaus, den 7. März 1895.

Concurseröffnung über das Vermögen des Gutsverwirts Adolf Rech zu Klein-Rewalte am 6. März 1895. Nachmittags 5½ Uhr. Verwalter: Kreis - Tafator Jaeschke zu Konker.

Frist zur Anmeldung der Concurserforderungen bis 6. April 1895.

Termin zur Beschlusshaltung über die Wahl eines anderen Verwalters und Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses am 23. März 1895. Nachmittags 11 Uhr. Öffener Arrest mit Anzeigefrist bis 6. April 1895.

Allgemeiner Brüstungstermin 20. April 1895. Vorm. 11 Uhr.

Simmer Nr. 14. — N. 2/95. — Neumark, den 6. März 1895.

**Gramme**, Geschäftschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

93er Crown br. Ihlen kauft jeden Posten per Caffe.

Öfferten unter Nr. 4562 an die Exped. dieser Zeitung erbeten.

Concursversfahren.

Das Concursversfahren über das Vermögen des Maurer- und Zimmermeisters Eduard Grisch aus Balken ist nach erfolgter Abdaltung des Schluhterminal aufgehoben. (4473)

Marienwerder, 4. März 1895. Königliches Amtsgericht.

Die Geheilte.

NB. Bros. u. Broschüre über:

„Stottern und dessen Heilung“.

10. Auf. versandet die Anstalt. Preis 1 M. 50.

Damen-

Schneiderei, sow. Zeichnen, Maßnahmen und Zuschnitte theor. u. prakt. lehrt in kürzester Zeit

T. Radtke, Modisten, Tobiangasse, Hospitalstr. 7.

**Wildhandlung!**

Junge zahme Enten, Poultard, Puten, Capauen, Küken, Falan, Waldbüchsen, Beigaben, frisches Reh- und Birkwild ic.

C. Koch, Gr. Wollwebergasse 26.

**Verlängerungsnase** mit Brillen- und Schiebleinen.

Kolossal-Uhr für Herren für Gesellschaft, Ball, Freizeit, Vorläufe etc.

**Ein junger strebsamer Beamter** bittet barmherige und edelbiente Menschen um ein Darlehen von 150 M auf ein Jahr gegen hohe Sätze und Garantie eines festgelagerten Beamten. Exped. Öfferten unter Nr. 4461 an die Exped. dieser Zeitung erbeten.

H. C. L. Schneider, Berlin Bornburgstrasse 6.

# Danziger Kirchenbau-Lotterie.

Ziehung bestimmt den 15. März d. J.

1. Hauptgewinn: Ein silb. Tafelservice für 24 Personen i. W. von 3000 Mark.

2. Hauptgewinn: Ein silb. Tafelaufzatz in Gestalt des Neptunsbrunnens und zwei silberne Armleuchter im Werthe von 1500 Mark.

3. Hauptgewinn: Eine kunstvoll gearbeitete Uhr in Gestalt des Danziger Rathaussturmes im Werthe von 700 Mark.

Loose à 1 Mark, 11 Loose für 10 Mark vorräthig beim Hauptvertrieb

Theodor Bertling, Gerbergasse Nr. 2,

und bei den Verkaufsstellen: Expedition der Danziger Zeitung, Carl Feller junior, Jopengasse, Herm. Lau, Langgasse, Carl Peter, Matkauische Gasse, Gabriel u. König, Langgasse, Gustav Döll Nachfl., Gerbergasse, F. Haesler, Ahlenmarkt, A. Menz, Ziegengasse, A. Reich, Langenmarkt, Gustav Schornick, 4. Dammt, Paul Bacharach, Hundegasse, sowie bei sämmtlichen Juwelieren und jahreichen durch Plakate kennzeichneten Verkaufsstellen.

(3158)

# Stadt-Theater.

Freitag, den 8. März 1895,

Abends 7 Uhr:

4. Serie grün. 114. Abonnements-Vorstellung.

P. P. E.

Durch die Intendant.

Preis-Lustspiel in 5 Aufzügen von Henle.

Regie: Alfred Reicker.

Personen:

Frieherr von Auhn, Commerzienrat . . . Franz Schiske.

Frierau von Auhn, seine Gemahlin . . . Filomena Gaudinger.

Marie & beide Töchter . . . Elsa Müller.

Hedwig & beide Töchter . . . Rosa Lenz.

Emil Berthold.

August Braubach.

Josef Kraft.

Alfred Reicker.

Max Kirchner.

Emil Werner.

Hermann Duske.

Zeit: Die Gegenwart.

Vorher:

Concert der Opernmitglieder.

Unter gütiger Mitwirkung der Herren J. Davidsohn (Violine) und Dr. D. H. (Violoncello).

„Die junge Spinnerin“ von Hitler, gesungen von Hedwig Hübsch.

„Wenn du kein Spielerin wärst“ von H. Hoffmann, gesungen von Franz Geibach.

„Der Lenz ist gekommen“ von O. Lehmann, gesungen von Violin-Concert D-moll (1. Satz), von Bruch, vorgetragen von Walther aus der Oper: „Romeo und Julia“, von Gounod.

„Ich grüße dich mit laufend Wönnen“ von Förster, gesungen von Sigurd Lunde.

„Der Engel Lied“ (mit Klavier- und Violoncel-Begleitung), von Braga, gesungen von Johanna Brackenhamer.

Violoncel-Begleitung: Dr. O. H.

Klavier-Begleitung: Heinrich Achaupt.

## Concert

### im Kursaal zu Zoppot

Sonnabend, den 16. März cr.

Abends 7½ Uhr,

zum Besten des evangel. Kirchenbaues in Zoppot.

Ihre hochgeliebte Mitwirkung haben gültigst zugestellt:

Fräulein Johanna Brackenhamer (Alt),

Fräulein Katharina Schulz (Sopran),

die Herren Davidsohn (Cello), Helbing (Klavier),

P. Muscate (Bariton),

Concertflügel von Blüthner.

Gehälter à 1 M. für Familien 3 Billets à 75 S. Schüler 50 S.; Stehpäle 50 S. Vorverkauf bei Herrn Siemssen und Fräulein Focke, Geeststraße; an der Kasse nur Einzelbillets, auch Programme.

(4127)

N° 4711. **eau de COLOGNE** in Köln 1875  
auf allen Ausstellungen mit den ersten Preisen ausgezeichnet in allen Geschäftshäfen zu haben.  
hergestellt von Ferd. Mühlens N° 4711 Köln.

## Für Lungenkrane.

Dr. Brehmer'sche Heilanstalt

Görbersdorf i. Schl.

Seit 1854 bestehend. Aufnahme jederzeit.

Chefarzt Dr. Achtermann, Schüler Brehmer's.

Jll. Bros. kostenfrei d. d. Ber. (2012)

Bekanntmachung.

In einem altrenommierten Heilbad soll ein mit allen Einrichtungen der Neuzeit versehenes Kurhaus an einen durchaus bewährten, gründlich erfahrenen Geschäftsmann unter günstigen Bedingungen zum 1. April 1895 verpachtet werden. Öfferten unter genauer Angabe der bisherigen Thätigkeit und Bezeichnung der Referenzen, mit N. R. 311 bezeichnet, bis zum 15. März d. J. an die Ann. Exped. von G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M. (4150)

Suche für meine Tochter zur Erlernung

der Landwirtschaft

zum 1. April cr. eine Stelle auf einem mittl. Gute Wehr. Hauptbedingung: Vollständiger Familienschluss. Gsl. Öfferten u. C. B. 2 postlagernd Neustadt Westpr. (446)

Apotheker-Lehrling findet vom 1. April oder früher bei entsprechender freier Zeit tüchtige Ausbildung und angenehme Stellung in meiner Offizin. Lehrgeld wird nicht beansprucht.

J. Abraham, Langenmarkt 7.

Ghiller höherer Lehranstalte finden sehr gute Pension

Bogenpfuhl 62, 3. Et. (1770)

Aufführung von

Moosfelsen, v. Georg Höfer,

durch den Chor des Fr. Brandstätter, unter gütiger Mitwirkung